

Ausgehend von den Beratungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung verfasst der Rechnungsprüfungsausschuss folgenden Prüfbericht, der gleichzeitig der in der Gemeindeordnung geforderte öffentliche Berichtsband ist. Im Einvernehmen mit allen Ausschussmitgliedern stellt die Unterzeichnerin fest, dass schutzwürdige Interessen Dritter in keiner der Bemerkungen gegeben sind, so dass ein nichtöffentlicher Berichtsband nicht verfasst werden muss.

- Der RPA stellt fest, dass die Tätigkeit im Sozialamt dem eines Kriminaldienstes nahe kommt und die Sachbearbeiter oft hintergangen werden.
- Der RPA stellt fest, dass die getroffenen Maßnahmen zur Reduzierung der Hausfrauenentschädigung richtig waren.
- Der RPA stellt fest, dass lediglich die Ratsmitglieder der CDU und der SPD von ihrer Aufwandsentschädigung eine sog. Mandatsabgabe an ihre Parteien abtreten.
- Der RPA lobt die Anlagen zur Jahresrechnung.
- Der RPA regt an in diversen Bereichen Zeitvergleiche in die Erläuterungen zur Jahresrechnung mit aufzunehmen
- Der RPA stellt fest, dass die Beihilfekosten um 27 % überschritten wurden und dass es sich hier um einen unkalkulierbaren Posten handelt.
- Der RPA stellt fest, dass die Kosten für die Sozialhilfe rd. 900.000 € betragen und ein Grund dafür sind, dass der Gemeinde kein Spielraum mehr für kommunalpolitische Entscheidungen bleibt.
- Der RPA stellt fest, dass den 120 Planstellen 282 Beschäftigte gegenüberstehen.
- Der RPA regt an, das Angebot an kulturellen Veranstaltungen im Hinblick auf den unterschiedlichen Kostendeckungsgrad, sprich Akzeptanz des Publikums, zu überdenken.
- Der RPA stellt fest, dass sich das Allwetterkonzept des Hermann-Weber-Bades bewährt hat.
- Der RPA regt an, die Bauhofstunden durch relative Zahlen zu ergänzen.
- Der RPA lobt die Abteilung 20.4 und die erzielten Ergebnisse bezüglich der Einsparungen der Bewirtschaftungskosten.
- Der RPA stellt positiv fest, dass der Kinderhort Brückenstraße einen Investitionszuschuss in Höhe von 22.000 € erhalten hat.
- Der RPA begrüßt die Übersichtlichkeit der Betriebsabrechnungsbögen.
- Der RPA stellt fest, dass der Ausländeranteil bei Bussgeldern wg. fehlender Sondernutzungserlaubnisse überproportional hoch ist und der Verwaltungsaufwand in diesem Bereich sehr hoch ist.
- Der RPA stellt fest, dass die Zahlungsmoral im Bereich Standgelder sehr schlecht ist.
- Der RPA lobt die Übersichtlichkeit der zur Verfügung gestellten Unterlagen im RPA.
- Der RPA lobt die Aktivitäten der Gleichstellungsbeauftragten und regt gleichzeitig an in der Jahresrechnung den Nutzen der Veranstaltungen zu erläutern.
- Der RPA stellt fest, dass der Nutzungsgrad des Internets in der Bücherei wesentlich höher ist als im Jugendcafé.
- Der RPA stellt fest, dass für die Beseitigung des wilden Mülls Entsorgungskosten von rd. 32.000 € angefallen sind.
- Der RPA regt an, die Beschilderung bei kulturellen Veranstaltungen auszuweiten.
- Der RPA stellt fest, dass die Pro-Kopf-Beträge bei den Bewirtschaftungskosten in den Übergangwohnheimen stark voneinander abweichen.
- Der RPA regt an, eine objektbezogene Erfassung der Instandhaltungs- und Betriebskosten der Übergangwohnheime zukünftig in die Tabellen zur Jahresrechnung mit aufzunehmen.
- Der RPA kritisiert, dass die Ansätze für die Elternbeiträge für die Betreuung „Schule 8 bis 1“ regelmäßig zu pessimistisch kalkuliert werden.

Beschluss-Nr. Der öffentliche Berichtsband wird abgeschlossen.
RPA/XI/4/16

Abstimmungs- Einstimmig
Erg.:

Vorsitzender Pfister fasst das Prüfungsergebnis zusammen und schlägt dem Ausschuss vor, die Entlastung des Bürgermeisters dem Rat vorzuschlagen.

Es ergeht folgender Beschlussvorschlag an den Rat:

Beschluss-Nr. Der Rat beschließt gemäß § 94 Abs. 1 Gemeindeordnung über die am 31.03.2003 vom Bür-
RPA/XI/4/17 germeister zugeleitete und danach vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2002 und erteilt dem Bürgermeister vorbehaltlos Entlastung.

Abstimmungs- Einstimmig
Erg.: